

Alfredo Keller

Kultur und Machtspiele

September 2007. Wir befinden uns in einem Armenviertel von Cumaná im Osten Venezuelas in einer Gruppendiskussion mit dortigen Bewohnern, im Rahmen einer Studie (Keller y Asociados 2007a) über die Wahrnehmungen und Einstellungen von Angehörigen der Unterschicht bezüglich der von Präsident Chávez am 15. August vorgeschlagenen Verfassungsreform.

Nach fast zweistündiger Diskussion über die Thematik dieses Vorhabens – Machtkonzentration und -zentralisation in der Hand des Präsidenten, unbegrenzte Wiederwahl im Amt, sozialistisch orientierte Wirtschaft, Beeinträchtigung des Privateigentums und der wirtschaftlichen Freiheit – weicht einer der Teilnehmer vom zentralen Thema ab, greift sich mit den Händen an den Kopf und bringt seine Frustration darüber zum Ausdruck, dass die Regierung die Währung reformieren will, indem sie ihren Nominalwert um drei Nullen kürzt. Er sagt, er habe immer davon geträumt, Millionär zu werden, und war dabei auf gutem Weg, denn er hatte schon 400.000 Bolívar angespart, es fehlten ihm also nur noch 600.000, und das wollte er in zwei Jahren schaffen.¹ Aber jetzt seien seine 400.000 nur noch 400 Bolívar. “Wie lange werde ich jetzt wohl brauchen, bis ich Millionär bin?” fragt er sich voller Ironie.

Unheil mit Humor zu nehmen, scheint zum heiteren Charakter der Venezolaner zu gehören. Aber die Sorge dieses enttäuschten Teilnehmers an der Gruppendiskussion ist ernster und macht es notwendig, den Humor beiseite zu lassen. Er heißt Asdrúbal, ist 35 Jahre alt und hat gerade seine Arbeit in einem Lebensmittelladen verloren. Er hat drei kleine Kinder, die er erwähnt, um die Dramatik seiner Lage zu steigern. Seinen Traum, Millionär zu werden, kann er sich nicht mehr erfüllen. Eine Arbeit hat er auch nicht, und in dem Maße, in dem er den Inhalt der Verfassungsreform begreift, wächst der Verdacht, dass sein Haus, seine Kinder und seine Zukunft, das Wenige, das er besitzt, mit der vom Führer der Bolivarischen Revolution geforderten Reform ihren Wert verlieren könnten. Asdrúbal kommt zu dem Schluss, dass

¹ Zum Zeitpunkt der Studie entsprachen 4.970 Bolívar einem US\$. Der Teilnehmer hatte also etwa 80 US\$ angespart und hoffte, in absehbarer Zeit auf den Gegenwert von 200 US\$ zu kommen.

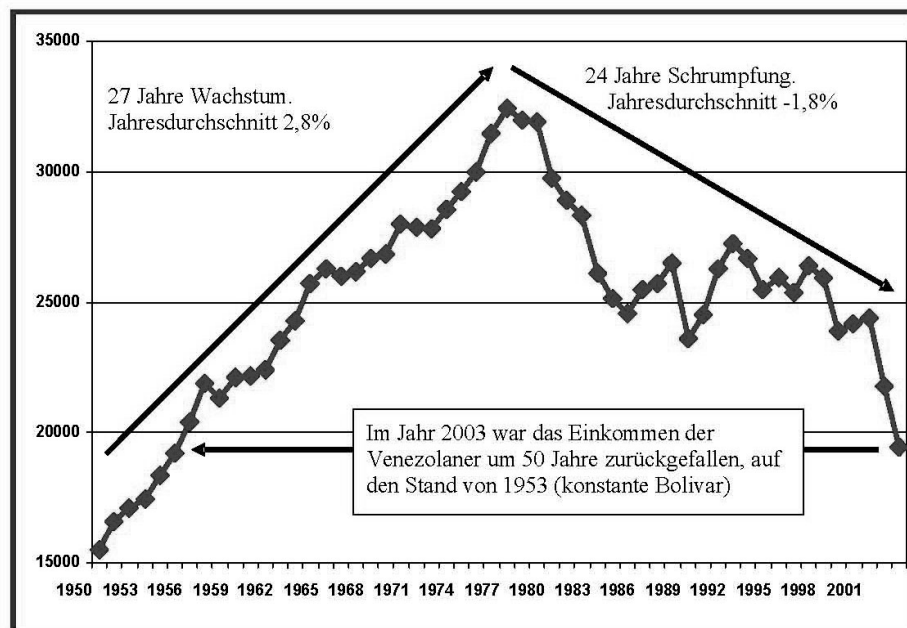
seine Probleme niemanden interessieren, am wenigsten den Präsidenten, der ihn in der Vergangenheit überzeugt hatte, dass er sich wirklich um die Armen kümmern würde. Asdrúbal bemerkt, er sei verwirrt und wisse nicht, ob er noch Chavist sein wolle oder nicht.

Die zehn Männer und Frauen, die sich an dieser Gruppensitzung beteiligen, zeigen sich ebenso enttäuscht wie Asdrúbal. Alle hatten sich zu Beginn der Diskussion als Chavisten bekannt, aber jetzt – so sagen sie – müssen sie ihre Zuneigung für den Präsidenten von der Entscheidung trennen, ob sie die Reform unterstützen oder nicht. Ihre politische Neigung hatten sie aufgrund zweier Hauptkriterien erklärt: Erstens sei Chávez „der einzige Präsident, der sich um die Armen gekümmert hat“, indem er ihnen verbilligte Nahrungsmittel und Programme für zeitweise Beschäftigung, Bildung und Gesundheit zugänglich machte; außerdem könne man unter bestimmten Umständen eine Wohnung zum Nulltarif erhalten und es gebe zahlreiche weitere Vorhaben, durch die Chávez den Reichtum des Landes an die Bedürftigen verteile. Zweitens – und damit wird das erste Argument noch verstärkt – habe Chávez die Massen symbolisch zu Entscheidungsträgern in der Politik gemacht, indem er die vertikal aufgebaute repräsentative durch eine horizontale partizipative Demokratie ersetzt habe.

Das erste der beiden Argumente ist nur dann teilweise zu rechtfertigen, wenn man annimmt, dass Chávez aufgrund der hohen Erdölpreise die entsprechende Rente in höherem Maß als frühere Regierungen verteilt. Denn populistische und klientelistische Praktiken sind keine Erfindung von Hugo Chávez, sondern sie haben die Politik seit den 1960er Jahren geprägt, als die Parteien herausfanden, dass Sozialhilfemaßnahmen die einfachste Form waren, um sich Gefolgschaft zu sichern, neben simpler Korruption und Auftragsvergabe gegen die Zusicherung von Stimmen bei den folgenden Wahlen. Diese Praxis funktionierte zwischen 1958 und 1979 sehr gut, denn das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf wuchs im Jahresdurchschnitt um 2,8%; das schuf Vertrauen in die Parteien und das demokratische System. Aber die Fähigkeit, eine Wahlstrategie zu verfolgen, die auf die Verteilung der Erdölrente und eine von öffentlichen Geldern abhängige Wirtschaft baute, schwand von 1980 bis 2003 ständig, da das BSP pro Kopf und damit auch die zur Verfügung stehende Verteilungsmasse im Zuge der sinkenden Ölpreise im Jahresdurchschnitt um 1,82% sank (Keller 2004). Staat und Parteien konnten die populistische Fiktion nicht mehr aufrechterhalten. Am stärksten davon betroffen waren die sozial Schwächsten. In der Folge schwand das

Vertrauen in die traditionellen Parteien und der Wunsch nach einem radikalen Wandel nahm zu.

Entwicklung des BSP pro Kopf (konstante Bolívar 1984)



Quelle: Banco Central de Venezuela; VenEconomía; eigene Berechnung.

Chávez repräsentierte die Antwort auf den Wunsch nach Wandel; sein Wahlprogramm von 1998 versprach neben anderem eine Rückkehr zum Distributionsmodell der alten Zeiten.²

Präsident Chávez hatte das Glück, dass sich die Ölpreise von 10 US\$ zum Beginn seiner Regierung 1999 auf 86 US\$ gegen Ende 2007 erholten und damit das BSP pro Kopf im Jahr 2004 ein Wachstum von 15,4% erreichte, gefolgt von 7,5% im Jahr 2005, 8,5% im Jahr 2006 und 6% im Jahr 2007 (Zahlen von *Veneconomía*). Das beeindruckende Wirtschaftswachstum dank hoher Ölpreise und damit hoher Staatsausgaben ermöglichte es Chávez, die für die ärmeren Schichten bestimmten Subventionen ständig zu erhöhen:

² Im Februar 1999, zu Beginn der Regierung Chávez, erklärten 54% der Befragten, sie seien vor allem an der Umverteilung der Rente interessiert (Keller 1999).

- Bs 549 Milliarden im Jahr 2003,
- Bs 4.216 Milliarden im Jahr 2004,
- Bs 7.287 Milliarden im Jahr 2005,
- Bs 11.839 Milliarden im Jahr 2006 (*El Universal*, 05.03.2007).

Die assistenzialistische Politik der Chávez-Regierung ist also nicht neu, aber generöser als die ihrer Vorgänger. Dank dieser Politik konnte der charismatische Chávez seine anfangs 32 Punkte zurückliegenden Umfragewerte verbessern und schließlich mit der enthusiastischen Unterstützung seiner Gefolgschaft sowohl das Abberufungsreferendum von 2004 als auch die Präsidentschaftswahl 2006 gewinnen: “So, genau so wird regiert!” (“¡Así es como se gobierna!”)³ Mit solchen Mitteln konnte Chávez seine Popularität zwischen 2004 und 2007 in der Größenordnung von 60% halten.⁴

Das zweite Argument der Chávez-Gefolgschaft enthält mehr Rhetorik und Propaganda als Fakten, obwohl im Gefüge des Staates ein deutlicher Wandel stattgefunden hat. Ein Beispiel dafür sind die von der Regierung geschaffenen Gemeinschaftsräte, die lokale Aufgaben in Selbstbestimmung wahrnehmen, z.B. Asphaltierung, Straßenbeleuchtung oder den Bau eines Sportplatzes. Diese Gemeinschaftsräte erhalten Mittel direkt von einer Präsidentschaftskommission, die ihre Projekte bewilligt – und dabei gleichzeitig die nach wie vor bestehenden Kommunalverwaltungen schwächt. Solche Initiativen verleihen dem häufig verwendeten offiziellen Werbespruch “in dieser Regierung regiert das Volk” einen Anschein von Glaubwürdigkeit.⁵ Aber ebenso wie bei der neuen Namensgebung der verschiedenen Einrichtungen des Regierungsapparats, in der die Floskel “Volksmacht” allgegenwärtig ist,⁶ steht dahinter mehr ein politischer Zweck als eine wirkliche Beteiligung des Volkes. In der Praxis dienen diese Gemeinschaftsräte dem Aufbau der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas und sie haben, wie uns in der eingangs erwähnten Gruppendiskussion versichert wurde, die Korruption in den untersten Gesellschaftsschichten etabliert:

[...] sicher, der Gemeinschaftsrat dieses Viertels hat einige Straßen asphaltiert, aber sonst nichts getan. Aber sehen Sie sich einmal das Haus (des Ratsvorsitzenden) an, dann sehen Sie, dass er mit dem ihm bewilligten Geld einen zweiten

3 Werbeslogan der Regierung.

4 Landesweite Vierteljahresumfragen von Keller y Asociados.

5 Dennoch glaubten im Dezember 2006 nur 34%, dass diese Behauptung stimmte, während 52% sie für falsch hielten (Keller y Asociados 2006c).

6 Alle Ministerien haben die “Volksmacht” in ihren Namen, z.B. Ministerium der Volksmacht für Bildung, Ministerium der Volksmacht für Verteidigung, Ministerium der Volksmacht für Information und Propaganda und allerlei weitere Genitive.

Stock aufgesetzt, neue Möbel und ein neues Auto gekauft hat, und es bleibt sogar noch etwas übrig für milde Gaben, aber nur an Angehörige und dicke Freunde [...] (Keller y Asociados 2007a).

Anders ausgedrückt hat Chávez weniger ein System der politischen und sozialen Beteiligung geschaffen, sondern ein neues, abgestuftes Rentenverteilungssystem, dabei sieht er aus politischem Interesse geflissentlich darüber hinweg, dass es auf ein System verallgemeinerter Korruption hinausläuft. Nicht von ungefähr meinten im Dezember 2007 91% der Bevölkerung, die Korruption habe zugenommen oder sich nicht verändert, während nur 9% der Auffassung waren, die Regierung bekämpfe das Problem wirksam (Keller y Asociados 2007a).

In diesem Rahmen verlief die Debatte über die vom Präsidenten vorgeschlagene Verfassungsänderung in der zweiten Jahreshälfte 2007, die mit der Volksabstimmung am 2. Dezember endete, in der Chávez seine erste Wahlniederlage seit seinem Amtsantritt erlitt.

Die Niederlage kam für Chávez und seinen inneren Kreis offenbar überraschend,⁷ denn bis dahin hatte die Formel des radikalen Populismus in den zehn vorangegangenen Wahlveranstaltungen immer funktioniert. Wie bereits vermerkt, hatte diese Politik darin bestanden, mit assistenzialistischen Maßnahmen und der Beteiligungssillusion den Zuspruch des Volkes zu sichern und gleichzeitig aggressiv zu polarisieren, indem jede Kritik verteufelt, Gewalt toleriert und Einschüchterung betrieben wird. Woran mag es dann wohl gelegen haben, dass Chávez mit seiner Reform Schiffbruch erlitt?

1. Wertmaßstäbe im Kontext einer Erdölbonanza

Der Vorschlag einer Verfassungsreform und die kurze, aber intensive Debatte darüber vom August bis November 2007 trug viel dazu bei, dass beim Volk – insbesondere beim Chávez gewogenen – das bis dahin unerschütterte Vertrauen in die Wahrhaftigkeit seiner Volksnähe zu wanken begann. In diesen vier Monaten sahen sie sich gezwungen, zwischen ihrer wegen der assistenzialistischen Maßnahmen gewachsenen politischen Loyalität gegenüber dem Führer der Revolution und ihren traditionellen Wertmaßstäben zu entscheiden. Die Verfassungsreform konfrontierte also die Illusion der Befriedigung von Grundbedürfnissen mit der Tradition der politischen Kultur.

Zum Verständnis der These eines Wertekonflikts ist es hilfreich, auf unseren eingangs erwähnten Asdrúbal und seinen Millionärstraum zurückzu-

7 *El Nacional*, 04.12.2007: “Un Chávez iracundo se negaba a admitir la derrota”, S. A-4.

kommen, denn die Venezolaner sind tatsächlich seit eh und je überzeugt, jeder könne reich werden. Ebenso wie Asdrúbal sind 80% der Bürger überzeugt, Venezuela sei eines der reichsten Länder der Welt (Keller y Asociados 2006b). So reich, dass einer von fünf Venezolanern glaubt, Arbeit sei überflüssig, wie die nachfolgende Tabelle zeigt (Keller y Asociados 2006a):

Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:
“Venezuela ist so reich, dass arbeiten überflüssig sein müsste”

		Unterste Schicht	Unter-schicht	Unteres Mittel	Mittel	Oberes Mittel
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen (1+2+3+4)	67	55	68	67	75	69
Dafür (7+8+9+10)	19	32	18	18	17	10
Weiß nicht (5+6)	14	14	14	15	9	22
Mittlerer Skalenwert	3,58	4,64	3,52	3,47	3,04	2,92

Die Welt Asdrúbals beschränkt sich verständlicherweise auf Informationen über die Nachbarländer. Von den Leuten wie er glauben 79%, Venezuela sei reicher als Kolumbien und, wichtiger noch, 85% sind überzeugt, Venezuela sei reicher als Kuba (Keller y Asociados 2000), das Präsident Chávez unermüdlich als Vorzeigenation anpreist, weil sein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches System einem “Meer der Glückseligkeit” gleichkomme. Dennoch halten in derselben Umfrage 67% der Venezolaner Kuba für ein ungeeignetes (29%) oder völlig ungeeignetes (38%) Modell. Das unterstreicht die These, dass die Venezolaner ihre Freiheit nicht eingeschränkt sehen wollen und auch nicht bereit sind, für eine Ideologie wirtschaftliche Opfer zu erbringen.

Im Gegensatz zu dieser Sicht eines reichen Landes bezeichneten sich in derselben Umfrage (Juni 2006) 46% als arm, und nur 8% als reich. Nur zu selbstverständlich, dass die Hälfte der Bevölkerung sich fragt, wie man in einem solch reichen Land arm sein kann, und dass man in einem als so reich empfundenen Land auch individuell nach Reichtum strebt.

Als Präsident Chávez im Jahr 2005 seinen Moralfeldzug gegen den persönlichen Reichtum begann, indem er bei jeder Gelegenheit seinen Spruch “reich sein ist schlecht” wiederholte, um die Tür für sein sozialistisches Programm zu öffnen, wurde einer deutlichen Mehrheit klar, dass zwischen den Vorsätzen des Führers und seinen Wohlstandsversprechungen eine riesige

Lücke klappte. Die bereits zitierte Umfrage vom Juni 2006 zeigt, dass 77% der Befragten den Chávez-Spruch für falsch hielten und nur 12% ihm zustimmten.

Offensichtlich fühlen sich die Venezolaner von dem Gedanken angespornt, sie könnten reich werden. Ein Beispiel dafür findet sich in unserer Umfrage vom September 2007, die die Vorstellung vom Reichtum dank des Erdöls verdeutlicht:

Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:

“Die Gewinne der Erdölgesellschaft sollten jedes Jahr anteilig unter den Venezolanern aufgeteilt werden”

		Unterste Schicht	Unterschicht	Untere Mittelschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen: (1+2+3+4)	16	9	16	21	22	16
Dafür (7+8+9+10)	75	83	76	67	67	76
Weiß nicht (5+6)	9	8	8	12	11	8
Skalenmittelwert	7,83	8,47	7,96	7,48	7,24	7,71

Der Reichtumsbegriff wird jedoch in der Vorstellungswelt der Menschen nicht schlicht mit “Millionär” gleichgesetzt, wie Asdrúbal es ausdrückte, sondern auch damit verbunden, dass nur diejenigen in seinen Genuss kommen, die gut ausgebildet sind und ein gewisses Niveau haben, das ihnen gute Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Diese Voraussetzungen kann man durch Nähe zur Regierung ersetzen, der bekannten und nicht sehr transparenten Quelle schnellen Reichtums.⁸ Aber die meisten Venezolaner erfüllen diese Voraussetzungen nicht: Nur 23% der Bevölkerung sind über die Grundschule hinausgekommen und nur 10% sind Staatsbedienstete (Keller y Asociados 2007c). Solche Zugangsbeschränkungen zum Reichtum münden in fatalistische Resignation, wie aus den Antworten auf die folgende Frage hervorgeht:

⁸ Diese Auffassung wird auch in zahlreichen qualitativen Studien bestätigt, die wir durchgeführt haben.

**Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:
"Reich oder arm zu sein ist ein Schicksal, das man nicht ändern kann"**

		Unterste Schicht	Unterschicht	Untere Mittelschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen: (1+2+3+4)	45	25	44	46	50	69
Dafür (7+8+9+10)	40	60	41	36	37	19
Weiß nicht (5+6)	15	15	15	18	13	12
Skalenmittelwert	5,18	6,83	5,27	4,89	4,90	3,30

Besonders aufschlussreich sind die jeweiligen Skalenmittelwerte: Je ärmer, umso eher wird akzeptiert, dass man der Armut nicht entinnen kann, weil man die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt.

Diese Schichten sind nicht nur wegen ihrer objektiven Schwächen, sondern auch aufgrund ihrer Vorstellungswelt eine empfängliche Klientel für Wohlstandsversprechen. Deshalb geht man den Umweg über die Anbindung an die gerade regierende Partei umso eher, je schlechter man gestellt ist. So wies unsere Umfrage vom Februar 2005 – nach dem Sieg von Chávez in der Volksabstimmung über seinen Amtsverbleib – nur 15% als Anhänger sämtlicher Oppositionsparteien aus, während die Regierungsparteien MVR (*Movimiento Quinta República*), PODEMOS (*Por la Democracia Social*) und PPT (*Patria Para Todos*) auf 49% kamen; die Daten waren schichtenspezifisch wie folgt verteilt:

- Unterste Schicht 63%
- Unterschicht 54%
- Untere Mittelschicht 44%
- Mittelschicht 36%
- Obere Mittelschicht 26%

Das alles ist nicht neu, denn im ersten Vierteljahr 1989, zu Beginn der zweiten sozialdemokratischen Regierung von Carlos Andrés Pérez, erklärten sich 35% als Anhänger der Partei *Acción Democrática* und 29% als Anhänger der Christdemokraten. Zusammen hatten die beiden Parteien eine Anhängererschaft von 64% der Wähler. Das waren die Zeiten, in denen sich die beiden großen Parteien in der Regierung abwechselten und der Wohlstand bzw. die Wohlstandserwartung der Bürger immer mehr von ihnen abhing.

Die Regierung Chávez hat es verstanden, die Neigung der Menschen, Wohlstand über die Nähe zur Macht zu suchen, politisch zu nutzen und hat mit Erfolg ihren Diskurs zur Legitimation und Förderung dieser Einstellung vorgetragen. Leitmotiv ist dabei der Slogan: “Jetzt gehört Venezuela allen”, will sagen, in der Vergangenheit sei es nur den “Oligarchen” zugute gekommen. Unter dem Etikett “Oligarchen” werden dabei alle Regierungskritiker und Oppositionellen zusammengefasst, unabhängig von ihrer Schichtzugehörigkeit. Dass Venezuela nunmehr “allen gehört” vermittelt dem Bürger die Vorstellung, Miteigentümer des Erdölreichtums zu sein (daher auch der Slogan: “Jetzt gehört die Erdölgesellschaft allen”), und das verstärkt zweifellos die Rentenmentalität und den Staatspaternalismus.

Die Erfahrung mit dem Populismus zeigt jedoch, dass die Gesellschaft ein solches Schema des politischen Rückhalts gegen Transferzahlungen nur so lange stützt, wie diese der Nachfrage entsprechen. Das gilt umso mehr, als die solchen Praktiken zugetanen Schichten unersättlich erscheinen, wie die folgenden Daten der bereits zitierten Umfrage vom Februar 2005 ausweisen:

**Hätten Sie gern mehr Geld und Eigentum oder sind Sie zufrieden mit dem, was sie haben? Rückfrage an diejenigen, die gern mehr hätten:
Sehr viel mehr oder nur etwas mehr?**

		Unterste Schicht	Unter- schicht	Untere Mittel- schicht	Mittel- schicht	Obere Mittel- schicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Sehr viel mehr	62	62	62	59	68	64
Etwas mehr	19	25	16	21	18	14
Zufrieden	17	10	20	19	13	21
Weiß nicht	0	2	1	1	-	-

Aus diesem Grund sieht die Bevölkerung trotz der in diesem Umfang bisher unerreichten Umverteilungspolitik immer noch keine Verbesserung ihrer Lebensqualität. Im Gegenteil, es herrscht die Auffassung vor, die Armut sei unverändert oder schlimmer denn je, wie aus unserer Umfrage vom November 2007 hervorgeht:

Hat sich die Armut unter der Regierung Chávez verringert, ist sie gleich geblieben, oder hat sie sich verschlimmert?

		Unterste Schicht	Unter-schicht	Untere Mittel-schicht	Mittel-schicht	Obere Mittel-schicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Verringert	22	23	24	24	18	9
Gleich	24	26	21	27	24	17
Schlimmer	54	51	55	48	58	72
Weiß nicht	0	0	-	0	-	2

2. Werte und Freiheit

Venezuela blickt hinsichtlich politischer Werte auf eine lange Erfahrung politischer Freiheiten zurück, die formal 1958 einsetzten und deren Bedeutung auch in der symbolischen Dimension betrachtet werden muss. So fällt zum Beispiel auf, dass in unserer Umfrage vom April 2007 (Keller y Asociados 2007b) die Hälfte der Befragten (51%) meint, die Regierung Chávez sei demokratisch, während nur 34% sie für undemokratisch halten. Das überraschte uns, denn zu diesem Zeitpunkt hatte Präsident Chávez bereits sämtliche Gewalten in seiner Hand, kontrollierte alle Sicherheitskräfte einschließlich des Militärs und auch die Haupteinnahmequelle des Landes: die Erdölgesellschaft. Außerdem stand die Umsetzung der kontroversen Entscheidung des Präsidenten bevor, die Sendelizenz des ältesten und bei den Einschaltquoten führenden Fernsehkanals RCTV nicht zu verlängern. Das war ein Beleg der Intoleranz gegenüber Kritik und ein Schlag gegen die Meinungsfreiheit; die Schließung am 28. Mai um Mitternacht war ein klarer Ausdruck politischer Rache. Ein solches Vorgehen, zu dem sich noch die von der Regierung ausgehende extreme Polarisierung gesellt einschließlich der Verfolgung politisch Andersdenkender durch Entlassung aus dem Staatsdienst, Verweigerung öffentlicher Leistungen, Gefängnis und sogar Mord, passt nicht zur Vorstellung einer Demokratie nach westlichem Muster. Warum hält dann die Mehrheit das Chávez-Regime für demokratisch? Was verstehen die Venezolaner unter Demokratie?

In derselben Umfrage finden sich Antworten auf diese Fragen. Den 1.200 Befragten wurden Karten mit sechs Definitionen von Demokratie vorgelegt und sie wurden gebeten, diejenige auszuwählen, die ihren Vorstellungen am nächsten kam. Anschließend wurden sie unter Vorlage derselben

Karte gefragt, welche der Beschreibungen in Venezuela nicht zutrafen. Das Ergebnis stellte sich wie folgt dar:

Definition: Demokratie ist ein System...	Welche beschreibt die Demokratie am besten?	Welche ist in Venezuela nicht gegeben?
in dem es faire Wahlen gibt und das Wahlgeheimnis gewahrt ist.	59	20
in dem die Gewalten voneinander unabhängig sind.	13	9
in dem es eine freie Wirtschaft gibt.	12	9
in dem es unabhängige Medien gibt.	7	9
in dem man frei ein- und ausreisen kann.	7	7
in dem das Militär dem Staat untersteht.	1	10
Weiß nicht	1	10
Alle sind gegeben (spontane Antwort)	18	
Keine ist gegeben (spontane Antwort)	9	

Diese Daten kann man auf verschiedenartige Weise interpretieren. Augenfällig ist, dass der normative Aspekt der Wahl im Vordergrund steht. Wenn also Wahlen stattfinden – und seit dem Amtsantritt von Chávez im Jahr 1999 hatte es bis zum Zeitpunkt der Umfrage zehn Wahlveranstaltungen gegeben – kann am demokratischen Charakter des Regimes kein Zweifel aufkommen, denn es hört ja hinsichtlich seiner Vertreter und seiner Politik auf die Stimme des Volkes. Wer so antwortet, spiegelt sich jedoch etwas vor, das ihn daran hindert, die übrigen Elemente zu bewerten. Wer so antwortet, belohnt das Bemühen von Chávez und seiner Regierung, die wahre Natur seines Regimes hinter einem Schleier von Wahlvorgängen zu verstecken, denn objektiv sind die Gewalten ja nicht unabhängig, die freie Wirtschaft und die unabhängigen Medien sehen sich unablässigen Angriffen ausgesetzt, und die tatsächliche Macht liegt beim Militär. Die Tatsache, dass 73% der Befragten meinen, eines der Elemente oder alle zusammen sind nicht gegeben, deutet aber auch darauf hin, dass die Bürger mit der derzeitigen Form von Demokratie nicht gerade zufrieden sind.

Der Gegenpol zur Demokratie wäre die Diktatur. Wir sind also in derselben Umfrage mit dem Begriff Diktatur ebenso verfahren und fanden dabei Folgendes heraus:

Definition: Demokratie ist ein System...	Welche beschreibt die Diktatur am besten?	Welche ist in Venezuela gegeben?
in dem ein Regierender sämtliche Gewalten kontrolliert.	46	14
in dem ein Regierender an der Macht klebt.	19	9
in dem es keine Meinungsfreiheit gibt und Medien geschlossen werden.	13	16
in dem die Militärs das Sagen haben.	8	6
in dem Protest verboten ist und die Opposition verfolgt wird.	8	5
in dem die Regierung die Wirtschaft lenkt.	3	6
Weiß nicht	3	10
Alle sind gegeben (spontane Antwort)	28	
Keine ist gegeben (spontane Antwort)	10	

Die Vorstellungen von der derzeitigen Demokratie Venezuelas sind mithin kurios: Das Regime entspricht einer der Definitionen einer Diktatur oder sogar allen (84%), und 73% meinen, einige Definitionen von Demokratie seien nicht gegeben, aber gleichzeitig glauben 51% an die demokratische Natur des Regimes, vor allem weil jedes Jahr ein Wahlereignis stattfindet. Dieser scheinbare Widerspruch hat drei mögliche Erklärungen. Die erste ist politischer Art: Den Chávez-Anhängern ist es im Grunde gleichgültig, ob das Regime demokratisch ist oder nicht, solange sie in den Genuss der Transferleistungen kommen. Aber sie wissen, dass die Diskussion um die diktatorischen Züge der Regierung Teil der politischen Polarisierung ist und dass sie deshalb ihren Führer gegen den Diktatur-Vorwurf in Schutz nehmen müssen. Die zweite Erklärung leitet sich aus historischen und politischen Bezügen ab. Die im Jahr 2007 durchgeführten Gruppendiskussionen,⁹ von denen eine eingangs erwähnt wurde, ergaben, dass eine Diktatur ein Regime ist, in dem Freiheiten abgeschafft und abweichende Meinungen mit Gewalt unterdrückt werden. Die Teilnehmer der Diskussionen fanden, das sei in Venezuela nicht der Fall. Wenn solche Dinge vorkämen – z.B. die Unterdrückung der Opposition oder politische Häftlinge – so seien das Einzelfälle und keinesfalls der Regierungspolitik geschuldet, denn das gäbe es nur in

⁹ Keller y Asociados führte im Februar, Juni, September und November 2007 vier Blöcke mit je acht Gruppendiskussionen durch, um die Bewertung der radikalen Vorschläge des Präsidenten Chávez durch das Volk zu erfassen.

Kuba. Die dritte mögliche Erklärung ist soziokultureller Natur. Zahlreiche qualitative Studien, die wir seit den achtziger Jahren durchgeführt haben (Keller 1996) zeigen, dass die venezolanische Gesellschaft nur wenig und oberflächlich informiert ist, möglicherweise aufgrund des schnellen Übergangs von der mündlichen zur audiovisuellen Kultur, unter Umgehung des geschriebenen Wortes und der Lektüre als Werkzeuge für die Vermittlung von Werten.

Es kann daher angenommen werden, dass die Bevölkerung nicht nur aufgrund ihrer geringen Abstraktionsfähigkeit, sondern auch aufgrund mangelnder Information und Bildung die Erfüllung ihrer Forderungen und die Qualität von Politik und Wirtschaft in der Form konkreter, persönlicher und tangibler Leistungen misst. Die breite Mehrheit hat kaum Zugang zum Verständnis komplexer, abstrakter Vorgänge.

Unter den mit dieser widersprüchlichen Demokratie assoziierten Werten ragt die Freiheit heraus¹⁰ – sowohl in ihrer politischen (Informations-, Bewegungs-, Vereinigungsfreiheit) als auch in der wirtschaftlichen (Freiheit bezüglich des Privateigentums, Wirtschafts- und Berufsfreiheit) und kulturellen Dimension (z.B. Erziehungs- und Bildungsfreiheit). Aber die venezolanische Gesellschaft verbindet diese Freiheiten mit einem Ordnungsbegriff, der in Forderungen nach staatlicher Intervention mündet, wie die folgenden Daten zeigen:

Welches System öffentlicher Freiheiten ist besser?	Juli 1998	August 2001	Februar 2005	September 2007
Ein System mit mehr Freiheiten als das derzeitige.	27	38	48	50
Ein System mit weniger Freiheiten und härterem Durchgreifen des Staates.	70	59	46	47
Weiß nicht	3	3	6	3

Diese Daten zeigen zweierlei: Die Venezolaner wollten 1998 eine Regierung, die durchgreift, und mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember desselben Jahres ging ihr Wunsch in Erfüllung, aber dann ging er ihnen in seiner Amtsführung in diesem Sinne zu weit. Inzwischen wächst wieder die Forderung nach mehr Freiheit. Zwar ziehen immer noch viele ein System

10 So hielten es z.B. 79% für sehr wichtig, dass führende Politiker die öffentlichen Freiheiten garantieren (Keller y Asociados 2004).

begrenzter Freiheiten vor, aber in den bereits erwähnten Gruppensitzungen wird deutlich, dass die staatliche Einschränkung von Freiheiten “der Kontrolle der anderen dient, nicht zur Einschränkung meiner Freiheit”. Ein Maß an Fremdbestimmung wird aus der Notwendigkeit heraus akzeptiert, dass ein Dritter in einem als feindlich empfundenen Umfeld Ordnung schafft, weil der Einzelne sich dazu außerstande sieht.

Welches System wirtschaftlicher Freiheiten ist besser?	Juli 1998	August 2001	Februar 2005	September 2007
Für die Wirtschaftsentwicklung ist es besser, wenn Personen und Firmen mehr Freiheit haben.	35	54	45	47
Für die Wirtschaftsentwicklung ist es besser, wenn es mehr Staatskontrollen gibt.	61	44	50	50
Weiß nicht	4	2	5	3

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Freiheiten wird die Fremdbestimmung noch deutlicher favorisiert. Abgesehen von besonderen Umständen, zum Beispiel die radikale Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheiten durch einige gegen Ende 2001 verabschiedete Gesetze, zieht die Mehrheit die Staatsintervention vor. Ein typisches Beispiel solcher Intervention sind Preiskontrollen für Erzeugnisse zur Deckung des Grundbedarfs, insbesondere Nahrungsmittel; man denkt, auf diese Weise die Inflation wenigstens eindämmen zu können – eine seit 35 Jahren andauernde Krankheit der venezolanischen Wirtschaft. Im September 2007, bei einer generellen Inflation von 22,5% – bei Nahrungsmitteln fast 30% – hielten 75% der Bevölkerung Preiskontrollen für eine gute Politik, während nur 24% sie für schlecht hielten. Man kann also feststellen, dass Freiheit für die Venezolaner kein absoluter Wert ist, sondern sich aus konjunkturellen Gegebenheiten und der langen Tradition übermächtiger Regierungen und schwacher Bürger ableitet.

3. Wenn die politische Kultur populistische Machthaber in die Schranken weist

In diesem politisch-kulturellen Kontext verfolgte Präsident Chávez sein Ziel einer Verfassungsänderung, bei der es vor allem um die unbegrenzte Wiederwahl des Staatspräsidenten und die Durchsetzung eines radikalsozialistischen Systems nach kubanischem Vorbild ging. Dazu versprach er drei

Maßnahmen, deren assistenzialistische und klientelistische Ausrichtung ihm bei der dazu einberufenen Volksbefragung den nötigen Erfolg sichern sollten. Tatsächlich trafen die drei Maßnahmen im Vorfeld der Volksbefragung im November 2007 auf große Zustimmung:

Vorschläge zur Verfassungsänderung	Dafür	Dagegen
Einbeziehung der Beschäftigten der Schattenwirtschaft in die Sozialversicherung	79	19
Arbeitszeitverkürzung auf den Sechsstudentag	55	44
Verfassungsrang für die sozialpolitischen "Missionen"	53	46

Die Regierung ging davon aus, dass ein derart attraktiver Populismus einen Sieg bei der Volksbefragung sicherte, indem er die kontroversen Änderungen entschärfte, die in der Bevölkerung einer Kulturrevolution gleichkamen. Aber die Gesamtheit der Vorschläge ließ das Pendel gegen den vermeintlichen Verteilungseffekt schwingen, wie die folgenden Daten der November-Umfrage zeigen:

Vorschläge zur Verfassungsänderung	Dafür	Dagegen
Sozialistische Wirtschaft statt Marktwirtschaft	33	63
Präsidialmandat auf 7 Jahre, unbegrenzte Wiederwahl	33	65
Venezuela zum Sozialismus führen	30	68
Dezentralisierung abschaffen	24	73
Unternehmensfreiheit beschränken	22	74
Privateigentum einschränken	18	81

Im Durchschnitt bauten die Reformvorschläge der Regierung – von denen hier nur einige wenige aufgeführt sind – auf einen Rückhalt von nur 33% der öffentlichen Meinung, während 65% dagegen waren. Das Ergebnis der Volksbefragung zeigt, dass Präsident Chávez nicht einmal alle Befürworter der vorgeschlagenen Verfassungsänderung mobilisieren konnte, denn er erhielt nur 28,5% der Stimmen (bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten). Allerdings lag die Opposition mit gerade 29,4% nur geringfügig vorn, das heißt sie konnte politische Ablehnung nicht in Wählerstimmen ummünzen.

Sieger der Volksabstimmung waren daher die Nichtwähler mit 44,1% der Stimmen (bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten).¹¹

Als Chávez etwa drei Wochen vor dem Wahltermin einsah, dass die Befragung negativ ausgehen könnte, weil die Mehrheit seine wichtigsten Vorschläge ablehnte, änderte er seine Strategie und versuchte, die Entscheidung in ein Plebiszit über seine charismatische Persönlichkeit umzuwandeln. Er griff auf die Methode zurück, die sich bis dahin als erfolgreich erwiesen hatte: Appelle an die Loyalität der Begünstigten seiner assistenzialistischen Maßnahmen, Umarmung sowie verdeckte und offene Drohungen.

Diesen Aspekt des Angstschürens erhellt die Einstellung von Zoraida, einer 50-jährigen allein erziehenden Mutter zweier Kinder aus Puerto Ordaz im Süden des Landes, die an einer unserer Gruppendiskussionen teilnahm. Am Ende der Sitzung, nach ausführlicher Diskussion der Reformvorschläge, erklärten alle Teilnehmer, sie würden trotz ihrer Verehrung für Chávez gegen die Änderung stimmen. Zoraida jedoch überraschte nach einigen Minuten des Nachdenkens alle mit ihrer Ankündigung, sie würde doch dafür stimmen, obwohl sie nicht mit den Vorschlägen einverstanden sei. Sie erklärte ohne Umschweife, dass sie seit vier Jahren alle möglichen Formulare ausfüllte und in Ämtern vorspreche, um eine der von Chávez versprochenen Wohnungen zu erhalten. Für Chávez stimmen war ihr sehr wichtig, denn "weil meine Stimme nicht geheim ist, merken sie, dass ich Chávez gegenüber loyal bin, und ich kann dann meine Wohnung einfordern". Tatsächlich glaubten im November noch 37% der Wahlberechtigten, dass das Wahlgeheimnis nicht gewahrt sei, dass mithin der Staat in der Lage war, politische Loyalität bzw. Illoyalität zu belohnen bzw. abzustrafen. Zoraida hatte sich also entschlossen, sich unkritisch der Macht zu unterwerfen, um den Traum aufrechtzuerhalten, als Belohnung dafür mit einer Wohnung bedacht zu werden.

Die Angstmache zeitigte bei Zoraida den gewünschten Erfolg, aber sie kann auch ins Gegenteil umschlagen oder in Enthaltung münden. Das bezeugen 3,4 Mio. Venezolaner, deren Unterschriften für das Abberufungsreferendum im Jahr 2004 gegen geltendes Recht öffentlich gemacht wurden, mit der Folge einer Säuberung im Öffentlichen Dienst, der Zehntausende zum Opfer fielen, sowie der Verweigerung von gesellschaftlichen Dienstleistungen gegenüber Regimegegnern. Man darf also annehmen, dass drei Millio-

11 *Consejo Nacional Electoral*, vorläufiges Ergebnis der Volksabstimmung über die Verfassungsreform vom 2. Dezember 2007. Das Endergebnis dieses Wahlgangs wurde bisher nicht veröffentlicht.

nen Wähler, die noch 2006 für Chávez gestimmt hatten, aber 2007 nicht zur Wahl gingen, mit Konsequenzen rechneten, wenn sie gegen die Reform stimmten. Sollte sich diese Hypothese bewahrheiten, so wäre bei 3 Mio. Nichtwählern die Angst in Vorsicht gemündet.

Der entscheidende Aspekt für Nichtwähler und Reformgegner war aber eher der mit den Chávez-Vorschlägen verbundene Kulturschock. Das ergeben verschiedene Lesarten der inhaltlichen Debatte, die aus der bereits erwähnten November-Umfrage hervorgehen:

Lesart	Die Lesart ist richtig	Die Lesart ist falsch
Die Regierung wird sämtliche Medien kontrollieren.	65	34
Viele Firmen werden schließen oder das Land verlassen, wenn die Reform durchgeht.	61	34
Chávez wird zum Diktator, denn mit der Reform hat er alles in seiner Hand.	58	39
Die Reform ist ungesetzlich, denn sie bedarf einer Verfassungsgebenden Versammlung.	58	38
Chávez' Vorschläge schüren Hass und polarisieren die Venezolaner.	57	41
Die Erfahrungen der UdSSR und Kubas zeigen, dass Sozialismus Armut und Freiheitsverlust schafft.	57	40
Chávez' Sozialismus ist verkappter Kommunismus.	55	41

Diese Antworten lassen vermuten, dass die Mehrheit der Venezolaner die von Chávez vorgeschlagene Reform nicht nur wegen ihrer Inhalte ablehnt, sondern auch wegen der Form ihrer Präsentation und mehr noch wegen ihrer möglichen Folgen, wie aus anderen Aspekten der November-Umfrage hervorgeht:

**Wie wird es Venezuela und den Venezolanern in Zukunft ergehen,
wenn die Chávez-Vorschläge angenommen werden?**

	Schichten					
	Alle	Unterste Schicht	Unterschicht	Untere Mittelschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Besser	38	44	42	39	25	21
Schlechter	53	48	50	49	65	70
Weiß nicht	9	8	8	12	10	9

Abschließend ist zu bemerken, dass die Venezolaner historisch dem Rentenmodell zuneigen und empfänglich sind gegenüber populistischen Versuchen. Sie unterwerfen sich Autokraten, wenn sie dafür direkte Zuwendungen erhalten. Aber es gilt auch, dass sich die Gesellschaft jenseits aller kognitiven Oberflächlichkeit ideologischen Zwängen widersetzt, die mit Armut und Unfreiheit gleichgesetzt werden können. Ein Kuba auf dem Kontinent ist genug.

Literaturverzeichnis

- Keller, Alfredo (1996): "Prólogo". In: Zapata, Roberto: *Valores del Venezolano*. Caracas, S. 7-10.
- (1999): *De cómo la cultura política se traduce en conducta electoral. El caso Venezuela 98* (<www.01.upla.net/docs/CulturaPoliticaElectoralVenezuela98.pdf>; 15.11.2010).
- (2004): "Populismo institucional y populismo revolucionario en Venezuela". In: *Diálogo Político* 2, S. 39-62.
- Keller y Asociados (2000): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN058019*. Caracas (April).
- (2004): *Encuesta de Opinión Pública VEN243419*. Caracas (Juni).
- (2006a): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN219604*. Caracas (Februar).
- (2006b): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN330615*. Caracas (Juni).
- (2006c): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN342627*. Caracas (Dezember).
- (2007a): *Estudio Cualitativo de Opinión Pública VEN363716*. Caracas.
- (2007b): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN354705*. Caracas (April).
- (2007c): *Encuesta Nacional de Opinión Pública 369VEN722*. Caracas (November).